

Helga und Dr. Karl-Wilhelm Hirsch

Liberalismus – wie wir ihn verstehen mit Hinweisen auf die Herausforderungen für die FDP

Prolog – Über den liberalen Kompass

„Jedem das Seine“ oder „Jedem das Gleiche“! In diesem Spannungsfeld bewegt sich der Liberalismus. Wann gilt was? Der liberale Kompass ist gefragt, wenn Antworten auf alte und neue Fragen gegeben werden müssen. Jeder hat seinen, aber die politisch organisierten Liberalen brauchen einen gleichen; zumindest nach außen.

Die FDP steht deshalb vor zwei Herausforderungen:

- Sie muss einerseits nach innen anregen, dass jeder seinen Kompass erkennt und sich seiner Ausrichtung bewusst wird, und diesen Prozess fördern. Dazu ist innerhalb der Partei Streiten im besten Sinne erforderlich. Dies kann und muss auch und besonders an der Basis geschehen.
- Sie muss andererseits den gleichen Kompass entwickeln. Dies geht zu einem guten Teil demokratisch. Aber es liegt eine große Verantwortung bei der Führung der Partei, das Gemeinsame zu erkennen, zu gewichten und aufzuschreiben, ohne den eigenen Kompass als Maßstab überzubewerten.

Eigentlich sind diese Herausforderungen nicht neu, nicht mehr aktuell als sonst. Sie sind ständige unabdingbare Aufgabe, geraten aber eben zeitweise ins Rampenlicht, wenn der ‚gleiche Kompass‘ zu zittern scheint und der schwächer wird, der ihn vermeintlich prägend auf Richtung hält. Und das ist gut so: Führt diese Schwäche doch regelmäßig zur Selbstbesinnung.

Wir haben unseren Kompass im Folgenden skizziert. Wir werfen auch Fragen auf, an denen sich Streit entzünden kann und soll. Wir freuen uns auf anregende Diskussionen und radikales Streiten im besten Sinne beider Worte.

Jedes etwas braucht einen Namen. Nennen wir unseren Kompass einfach

„Subsidiärer Liberalismus“

***Subsidiarität** (von lat. „subsidium“, dt. Hilfe, Reserve) ist eine politische und gesellschaftliche Maxime, die Eigenverantwortung vor staatliches Handeln stellt. Danach sollen bei staatlichen Aufgaben zuerst und im Zweifel untergeordnete, lokale Glieder wie Stadt, Gemeinde oder Kommune für die Lösung und Umsetzung zuständig sein, während übergeordnete Glieder zurückzutreten haben.* ^(Wikipedia)

Wir werden ausschließlich Zitate aus „Wikipedia – die freie Enzyklopädie“ verwenden, um dem Leser einen schnellen Zugriff zu erlauben und von dort aus weitere Links vorzufinden.

Rechte und Freiheiten

Liberalismus gründet sich auf Rechten und Freiheiten. Allen Deutschen stehen diese Rechte und Freiheiten zu, ohne Ansehen des Geschlechts, des Alters, der Hautfarbe, wenn sie Bürger unserer Gesellschaft sind. Ohne Vollständigkeit und auch ohne Priorisierung:

- Recht auf Selbstbestimmung
- Recht auf ein menschenwürdiges Leben
- Recht auf Eigentum
- Recht auf Wissenszugang
- Recht auf Meinungsäußerung
- Recht auf Meinungsverschwiegenheit
- Recht auf politische Mitwirkung
- Recht auf private Kommunikation
- Recht auf politischen Widerstand
- Freiheit der Gedanken
- Freiheit der Rede
- Freiheit der Presse
- Freiheit der Kunst und Wissenschaft
- Freiheit der Berufswahl und –ausübung
- Freiheit der Versammlung und Vereinigung
- Freiheit des Bekenntnisses und des Glaubens

Verantwortung

Es gibt keine Rechte und Freiheiten ohne Verantwortung.

Es liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, dafür zu sorgen und dafür einzutreten, dass die Rechte und Freiheiten Jedem in der Gesellschaft zukommen können. Die Freiheit des Einen hört da auf, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Dazu gehört der Respekt vor den Anderen, seiner Meinung, seinem Anderssein, seiner Lebensgestaltung.

Jeder Einzelne hat auch die Verantwortung und die liberale Pflicht nach seinen Talenten und Überzeugungen an der Fortentwicklung der Gesellschaft und des Staates und an seiner politischen Kontrolle mitzuwirken. Daraus folgt auch und insbesondere die Verantwortung für das Soziale in der Gesellschaft, das den Schwachen ein würdiges Leben in der Gesellschaft ermöglicht und die ihnen das Ausüben der Rechte und den Genuss der Freiheiten aber auch das Wahrnehmen der Verantwortung für unsere Gesellschaft und unseren Staat ermöglicht.

Gesellschaft

Die liberale Gesellschaft ist eine Wertegemeinschaft, die die Freiheit des Einzelnen, seine Rechte, seine Verantwortung und seine Pflichten in ihren Werten abbildet und sich darin einig ist, diese Werte zu sittlichen Maßstäben des Handelns zu erheben. Die Einigkeit der Gesellschaft in den Grundwerten ist eine notwendige Voraussetzung für eine liberale Gesellschaft und damit unabdingbar für ein glückliches und gedeihliches Zusammenleben. Die sittlichen Maßstäbe (die Moral) folgen aus dem Grundsatz „Handle nach der Maxime (Regel), die sich selbst zugleich zum allgemeinen Gesetze machen kann.“ (kategorischer Imperativ, übliche Formulierung)

Eine liberale Gesellschaft ermöglicht im Rahmen dieser Werte jedem Bürger, nach seinem Lebensentwurf und seinen Talenten nach Glück zu streben. Aus der Verantwortung jedes Einzelnen und der gesamten Gesellschaft für die Einigkeit in der Gesellschaft, folgt die Pflicht der Fürsorge für die, denen wegen mangelnder Talente oder unglücklicher Lebensumstände eine Ausübung ihrer Rechte und Freiheiten und das Streben nach Glück und damit eine würdige Anteilnahme an der Gesellschaft verwehrt wäre.

Sozialpolitik gründet sich also nicht aus einem Recht des Einzelnen auf Unterstützung sondern folgt aus der Verantwortung der anderen für die Gesellschaft. Liberale Sozialpolitik ist deshalb ‚kalt‘, weil sie nicht die Nächstenliebe oder andere ideologische und/oder religiöse Kategorien bemüht, sondern sie aus der Position des Starken heraus als Fürsorge definiert. Sozialleistungen sind also nicht ‚das Recht des Einzelnen‘ sondern ‚die Pflicht der anderen‘. Diese Pflicht folgt aus der Verantwortung des Starken für den Schwachen der Gesellschaft gegenüber. Liberale Sozialpolitik fordert Respekt der Einzelnen untereinander und keine Barmherzigkeit.

Staat

Der liberale Staat hat ausschließlich und abschließend die Aufgaben,

- die Freiheit der Bürger zu gewährleisten,
- die Rechte der Bürger zu schützen und
- die Einigkeit der Gesellschaft sicherzustellen.

Die Macht, diese Aufgaben zu erfüllen, erhält er von der Gesellschaft. Er ist der Gesellschaft gegenüber verantwortlich für sein Handeln. Durch eine Gewaltenteilung in Legislative (Gesetzgeber), Judikative (Rechtspflege) und Exekutive (Regierung und Verwaltung) organisiert er diese Macht entlang des Grundgesetzes so, dass den Bürgern die Kontrolle der Macht ermöglicht wird.

Die Staatsform ist ein demokratischer Staat, um die Mitwirkung an der Politik sicherzustellen. Es ist eine repräsentative parlamentarische Demokratie, um Gesetze und Maßnahmen mit Bedacht und Vernunft abzuwägen.

Die Bundesrepublik ist ein Staat, der unseren Vorstellungen eines liberalen Staates nahe kommt. Unser Grundgesetz schreibt fest, dass der Staat sicherstellt:

- | | |
|---|---|
| • die Menschenwürde | • die Freizügigkeit |
| • die freie Entfaltung der Persönlichkeit | • das Widerstandsrecht |
| • das Leben und die körperliche Unversehrtheit | • die Rechtsweggarantie, wonach bei Verletzung der Rechte der Rechtsweg zu den Gerichten offen steht |
| • die Gleichberechtigung | • die freie Wahl der Ausbildung und des Berufs |
| • die Glaubens- und Gewissens- und Bekenntnisfreiheit | • die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit |
| • die Meinungs-, Informationsfreiheit | • das Eigentumsrecht und das Erbrecht |
| • Freiheit von Kunst und Wissenschaft | • das Asylrecht |
| • das Recht auf Schulwahl | • das Petitionsrecht |
| • Recht auf Errichtung von Privatschulen | • die Unverletzlichkeit der Wohnung |
| • die Versammlungsfreiheit | • den Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung |
| • das Brief- Post- und Fernmeldegeheimnis | • den Anspruch auf rechtliches Gehör, das Verbot rückwirkender Gesetze, das Verbot der Doppelbestrafung |
| • die staatsbürgerlichen Rechte, insbesondere der gleiche Zugang zu öffentlichen Ämtern | • das Recht auf den gesetzlichen Richter und das Verbot von Ausnahmegerichten |
| • das Wahlrecht | |

Wir sind in der FDP, um diesen liberalen Staat zu verteidigen und liberal weiter zu entwickeln.

Herausforderungen für den liberalen Kompass

Meinungsfreiheit – Über die Wahrheitsverpflichtung des Staates

Der Bürger darf Meinung äußern ohne Rücksicht auf Wahrheit der Aussage, der Begründung. Der Staat und seine Funktionsträger genießen diese Meinungsfreiheit nicht. Der Staat und seine Funktionsträger sind der Sachlichkeit, Richtigkeit und einer gewissen Zurückhaltung verpflichtet. Das gilt für alle seine Verwaltungen aber auch für die gewählten Vertreter und insbesondere für Regierungen und ihre Mitglieder.

Nach unserer Auffassung sollte die FDP das Ziel festschreiben, dieser Verpflichtung des Staates wieder mehr Bedeutung zu geben und die von ihr gestellten Mandatsträger mit gutem Beispiel vorangehen.

Einheit – Über die deutsche Gesellschaft

Die Einheit der Gesellschaft ist ein unabdingbares Staatsziel.

Wir sehen die Einheit der Gesellschaft durch Tendenzen zu einer „multikulturellen“ Lebensgemeinschaft gefährdet. In der deutschen Gesellschaft zu leben bzw. zu der deutschen Gesellschaft oder dem deutschen Volk zu gehören verlangt - unserer Meinung nach unabdingbar - die Anerkennung der Werte unserer Gesellschaft. Man mag dieses Werte-Ensemble, das die deutsche Gesellschaft ausmacht ‚abendländisch christlich‘ nennen oder ‚deutsch‘ oder ‚europäisch‘: Es ist aber ohne Zweifel so, dass es in Deutschland ein Werte-System gibt, das vielleicht nicht klar zu benennen aber dennoch klar definiert ist. Jede Einwanderungs- und Integrationspolitik darf die Einheit unserer Gesellschaft nicht gefährden.

Es reicht deshalb bei Weitem nicht aus, dass Deutsch gelernt wird. Die FDP muss eine Antwort auf die Frage geben, was mit Menschen geschieht, die sich nicht in diese Einheit, nicht in dieses Wertesystem einordnen wollen aber dennoch hier in Deutschland leben. Es kann türkische Kultur in Deutschland geben, aber keine türkische Minderheit mit tatsächlichen oder faktischen Sonderrechten.

Meinungsverschwiegenheit – Über das Recht auf Privat

Die Ausforschung durch neue Informationstechnik ist für den Bürger weder in der Art und Weise, wie sie geschieht, noch in den Auswirkungen, die sie in vielen Bereichen des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft hat, abzusehen und zu beurteilen. Diese neue Technik greift tief und nachhaltig in die Rechte der Bürger ein. Es ist die Pflicht des Staates, hier Alles zu tun, um Recht und Freiheit zu verteidigen. Der Staat kann nicht das Briefgeheimnis aufgeben oder gar auf eine nicht mehr staatliche Briefpost beschränken und sonst Zurückhaltung üben. Er muss vielmehr einerseits dafür sorgen, dass der Bürger mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln seine Daten und seine Meinung vor dem Zugriff Dritter auch vor dem Zugriff des Staates schützen darf. Er muss andererseits durch Vorschriften ermöglichen, dass auch unter Nutzung elektronischer Kommunikationstechnik Bürger verschwiegen Dritten gegenüber Meinungen austauschen können.

Es ist eine vornehme Aufgabe der FDP, diese Forderungen aufzunehmen und unter Beachtung des Öffentlichen Interesses in geltendes Recht zu überführen.

Friedfertigkeit – Gegen den Imperialismus der westlichen Demokratie

Es ist die Aufgabe des Staates die Werte unserer Gesellschaft und die Rechte und Freiheiten des Einzelnen zu schützen und zu bewahren. Er kann daraus nicht ableiten, dass diese Gesellschaft, dieses sie ausmachende Werte-System, besser ist als andere. Vielmehr hat er zu respektieren, dass es andere Gesellschaften und Gesellschaftsformen gibt mit zugehörigen Staaten, die die Pflicht für sich in Anspruch nehmen, ihre eigene Gesellschaft genauso zu schützen. Einmischung, getrieben durch die Werte seiner eigenen Gesellschaft ist einem liberalen Staat fremd. Die Einmischung Deutschlands in die Angelegenheiten anderer Staaten kann nur durch höhere Rechte (Verletzungen der Menschenrechte) gerechtfertigt werden, nicht aber durch Sendungsbewusstsein.

Wir würden es begrüßen, dass diese Friedfertigkeit eines liberalen Staates deutlicher in den Thesen der FDP ausgesprochen würde. Eine Forderung nach Demokratie zum Beispiel ist keine Forderung, die ein liberaler Staat einem anderen aufdrängen darf. Eine Demokratie abendländischer Ausprägung passt zu vielen Gesellschaften auf der Welt nicht.

Verteidigung nach außen – Über den wehrhafte Staat

Diese oben im Kapitel Friedfertigkeit für einen liberalen Staat ausgeschlossene Einmischung in die ‚inneren Angelegenheiten‘ anderer Staaten ist aber umgekehrt einem autoritären Obrigkeitsstaat keineswegs fremd sondern kann sogar mit einem Staatsziel verbunden sein. Ideologische oder religiös begründete Staaten neigen deshalb zu Imperialismus, weil sie auf einem für sich unfehlbaren Urteil der Richtigkeit und des Guten beruhen, dessen Infragestellung in den jeweiligen Gesellschaften nicht zu den Rechten der Bürger gehört. Solche Staaten gewähren ihrer Logik folgend keine Pressefreiheit, keine Reisefreiheit und keine Meinungsfreiheit.

Obwohl der liberale Staat das Existenzrecht solcher Staaten nicht bestreiten darf, muss er sich selbst wehrhaft gegen das Sendungsbewusstsein und den Imperialismus solcher Staaten wenden und diese Einmischungen tatsächlich auf allen Ebenen bekämpfen. In der Vergangenheit folgte daraus die Verteidigung Deutschlands an den Grenzen. In einer globalen Welt finden diese Angriffe aber von allen Orten dieser Welt statt, nicht nur an den Grenzen, nicht nur militärisch sondern informationell über Netzwerke, durch wirtschaftliche Einwirkungen, durch Infiltration.

Deshalb ist Deutschland überall in der Welt zu verteidigen. Wir brauchen liberale Antworten auf die globalen Bedrohungen; Eine könnte zum Beispiel zugespitzt so lauten: Dürfen, sollen oder müssen wir sogar einen Cyberangriff aus einem imperialistischen Staat mit Waffengewalt abwehren?

Verteidigung nach innen – Gegen Befragungsdemokratie

Die Macht geht vom Volk aus. Das ist unbestritten. Das Volk hat sie aber nicht ständig und kann sie deshalb auch nicht ständig ausüben. Und kategorische Entscheidungen setzen Vernunft und Abwägung voraus und diese wiederum ein gewisses Maß der Muße, jedenfalls aber eine Distanz vom Einzelfall. Durch Geschwindigkeit der neuen Medien, die Kultur der Fernsehgesprächsrunden mit Kurzargumentation, die Möglichkeit der zeitnahen repräsentativen Befragung, der modernen Mediendemokratie also, sehen wir die parlamentarische und repräsentative Demokratie in Deutschland in Gefahr.

Liberales müssen eine Antwort darauf geben, wie ein Staat, seine Funktionsträger und seine Parlamente sich gegen die Medien und gegen das Irrationale des Augenblicks dennoch die Zeit für eine reflektierte, sachbezogene und vernünftige Entscheidung nehmen können. Basisdemokratische Elemente, die mit Hilfe moderner Kommunikationstechnik zeitnah – ja sogar zeitlich unmittelbar – möglich wären, lehnen wir deshalb unter dem Eindruck fehlender Sorgfalt und Reflektion ab.

Wirtschaft – Über Verantwortung und Haftung

Die sogenannte soziale Marktwirtschaft trägt Vieles von dem in sich, was eine liberal geprägte Wirtschaftsordnung auch in Zukunft leisten muss. Im Kern jedoch ist Wirtschaft weder sozial noch durch eine Verantwortung geprägt, wenn sie global wird. Sie ist frei und auf den Vorteil aller Teilnehmer ausgerichtet. Der liberale Staat muss die soziale Marktwirtschaft ergänzen durch eine überprüfbare und klar geregelte Verantwortung der Wirtschaft gegenüber dem Einzelnen, der Gesellschaft und dem Staat und auch der Verantwortung des Einzelnen in der Wirtschaft für sein unmittelbares Tun.

Liberales müssen Ziele formulieren, die den Wirtschaftstreibenden weder ihre Freiheit, ihre Innovation, ihre Kreativität noch ihr Streben nach Gewinn nimmt. Die persönliche Verantwortung von Managern, die sich durch eine auch nachgelagerte Vermögenshaftung manifestieren kann, ist möglicherweise ein erster Schritt. Ziel muss es sein, mittelständische Unternehmer weiter im Mittelpunkt zu halten, da dort die persönliche Haftung durch die Bindung des persönlichen Kapitals zumindest ansatzweise gewährleistet ist.

Altersversorgung – Sicher durch Teilhabe am Volksvermögen

Eine Rente, die durch einen Generationenvertrag zwischen Arbeitnehmern organisiert ist, ist weder zeitgemäß noch wirtschaftlich angemessen noch sicher. Die Rente ist auch nicht länger als eine Sozialleistung – also eine Transferleistung des Staates – zu sehen oder auf solche Ansätze zu gründen. Eine privatrechtliche Abstützung einer Altersversorgung allein kann ebenfalls nur eine ausreichende von einer auskömmlichen Versorgung trennen.

Eine Teilhabe am Sozialprodukt, die als Anteile während der aktiven Zeit erworben werden und dann ein Leben lang als Verzinsung abgerufen werden können, ist eine sichere, sachgerechte und vernünftige Altersversorgung. Sie entbindet den Staat und die Gesellschaft von Anpassungen, da eine solche Rente direkt an die Entwicklung des Sozialproduktes gekoppelt ist. Sie löst auch die Einzahlung (als eine Quasi-Steuer) von der Teilnahme in seiner Eigenschaft als Arbeitnehmer ab und gilt für alle am Wirtschaftsleben teilnehmenden Personen einschließlich der Personen, die zeitweise nicht direkt zur Wirtschaftsleistung beitragen können über tatsächliche Sozialleistungen. In diese Richtung ist eine Zielsetzung der FDP aus unserer Sicht zu entwickeln.

Es reicht! – Für einen Europäischen Bundesrat

Die Vereinten Nationen bestimmen, was Bildung in Deutschland ist (PISA). Ihre Funktionäre fordern in Englisch oder gebrochenem Deutsch mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland. Mehr noch regiert die Europäische Union in unser Leben rein, will auf unser Verhalten einwirken: „Rauchen – Übergewicht – Kinderpistolen – Umgebungslärm ...“. Jeder hat seine eigene Liste; je nach Betroffenheit, je nach Kompetenz, je nach Verständnis.

Brüsseler Regelungswut ist ungebremsst. Harmonisierung ist Selbstzweck geworden. Die Regelungswut ist häufig inkompetent, teuer und überflüssig: Sie ist jedenfalls in den meisten Fällen nicht liberal, weil sie nicht mehr subsidiar ist.

Deutschland unterwirft sich in einem Maße der Einmischung „von oben“, das dem Subsidiaritätsprinzip, das in den Maastrichter Verträgen durchaus als Leitgedanke gedient hat, nicht mehr entspricht. Aus unserer Beobachtung ist die Quelle dieser Verstöße in der Verwaltung und in der Bürokratie der EU zu finden. Es scheint beinahe so, dass jeder Kommissar beginnt, sein eigenes Steckenpferd zu reiten, solange er im Amt ist und jedes halbe Jahr der vorsitzende Mitgliedsstaat seinen Dunst und Dünkel in die laufenden Verfahren absondert, was unaufhaltsam in neue Verordnungen mündet. Aber wie oben gesagt, es fällt dem Einzelnen nur auf, wenn er direkt und persönlich betroffen ist. Unser Staat dümpelt mit, da Achtsamkeit und Aufmerksamkeit Initiativwerden bedeuten würde. Wir haben kein Gesetz gegen Gesetze.

Die Liberalen müssen hier Grenzen setzen, die Subsidiarität im europäischen Alltag verteidigen. Das geht nicht – zumindest nicht allein – durch das Europäische Parlament. Vielleicht muss eine Länderkammer her, die hier grundsätzlich der Eigenständigkeit, der kulturellen und politischen Selbstbestimmung und insgesamt der Subsidiarität mehr Nachdruck verleiht.

Epilog – Über soziale Gerechtigkeit

Es ist tatsächlich kein Zufall, dass das Wort „Gerechtigkeit“ in unserem Text nicht vorkommt. Wir vermeiden auch den Begriff ‚sozial‘ und seine Spielarten, wenn er nicht wertneutral kennzeichnet, wie im Begriff Sozialprodukt z.B. In der Verbindung beider Begriffe zu „Soziale Gerechtigkeit“ geschieht gar etwas für uns Verwunderliches: Trotz unseres ehrlichen Bemühens können wir nicht erkennen und begreifen, was darunter verstanden werden soll.

Hilfsweise liefern wir die beiden folgenden Zitate, wiederum aus Wikipedia

*Der Begriff der **Gerechtigkeit** (lateinisch: *iustitia*, englisch und französisch: *justice*) bezeichnet einen idealen Zustand des sozialen Miteinanders, in dem es einen angemessenen, unparteilichen und einforderbaren Ausgleich der Interessen und der Verteilung von Gütern und Chancen zwischen den beteiligten Personen oder Gruppen gibt.* ^(Wikipedia)

Dieser Artikel oder nachfolgende Abschnitt ist nicht hinreichend mit Belegen (bspw. Einzelnachweisen) ausgestattet. Die fraglichen Angaben werden daher möglicherweise demnächst entfernt. Hilf bitte der Wikipedia, indem du die Angaben recherchierst und gute Belege einfügst. Näheres ist eventuell auf der Diskussionsseite oder in der Versionsgeschichte angegeben. Bitte entferne zuletzt diese Warnmarkierung.

*Das Wort **sozial** (von lat. *socius*, gemeinsam, verbunden, verbündet) bezeichnet wechselseitige Bezüge als eine Grundbedingtheit des Zusammenlebens, insbesondere des Menschseins (der Mensch als soziales Wesen). Es taucht in mehreren Bedeutungen auf.* ^(Wikipedia)

Der Hinweis in Wikipedia, dass die Begriffsdefinition für „sozial“ nicht hinreichend belegt ist, zeugt von einem ähnlichen Unbehagen in der Wikipedia-Gemeinde. Ein weiterer Beleg für das Verwunderliche des Begriffes „Soziale Gerechtigkeit“ insgesamt.

Noch ein abschließendes Wort zur Subsidiarität in Verbindung mit dem Begriff Gerechtigkeit, das deutlich machen kann, warum der subsidiäre Liberalismus die Gerechtigkeit an sich nicht als Erkenntnis- bzw. Begründungsquelle heranziehen kann und sollte.

Subsidiarität

... Dieser Ansatz [der Subsidiarität]^{HI}, der zunächst vom Verhältnis zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft ausgeht, lässt sich verallgemeinern und auf das Verhältnis zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen abstrahieren, „so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen.“

In die Staatstheorie übertragen bedeutet dies also: Der Staat dient und ist kein Selbstzweck. Er darf nicht an sich reißen, was kleine gesellschaftliche Einheiten wie Initiativen, Vereine und Verbände übernehmen können. Wenn hingegen diese kleinen Einheiten mit der konkreten Aufgabe überfordert sind, so erwächst auch aus dem Subsidiaritätsprinzip die Verpflichtung der übergeordneten Ebene, sich der Aufgabe anzunehmen, die Angelegenheit zu erledigen oder die kleine Einheit bei deren Erledigung zu unterstützen. Somit hat das Subsidiaritätsprinzip zwei Dimen-

sionen: Erstens den Handlungsvorrang der leistungsfähigen kleinen Einheit und zweitens die Unterstützungspflicht der größeren Einheit bei deren Überforderung. In der zweiten Dimension spiegelt sich auch der lateinische Wortstamm des Unterstützens im Subsidiaritätsprinzip wider. Man kann daher von einer defensiven und einer subsidiären Dimension des Subsidiaritätsprinzips sprechen. ^(Wikipedia)